

Rießauer Tagblatt

Deutschlands
Zeitung für
Gesund. Rz. 10.
Berlin. Rz. 11.

Das Rieser Tageblatt ist das gut Veröffentlichte der amtlichen Bekanntmachungen der Kreishauptmannschaft Görlitz, des Amtsgerichts und der Kriminalanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, bei dem Amtsgericht Riesa und dem Staatsanwaltsamt Riesa behörlicherweise bestimmte Blatt.

**Geöffnete
Dresden 1580.**

KG 61

Santos 12 Mar 1928 obv

81 Jahre

Das kleinste Zeugblatt erfordert jeden Tag abends 4,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Herausgabezeitung, für einen Monat 2 Mark 20 Pfennig durch Post oder nach Riesa. Für den Fall des Überschusses von Druckfehleraussetzungen, Schreibungen der Zähne und Materialienfehlern behalten wir uns das Recht der Preisabschöpfung und Nachförderung vor. Erhalten wir die Summe des Entgeltes sind bis 6 Uhr normallag aufzugeben und im vorher zu bezahlen; eine Gewebe für das Erstellen an bestimmten Tagen und Städten wird nicht übernommen. Grundpreis für bis 20 mm Breite, 3 mm hohe Schriftzeichen (5 GOLDEN) 20 Gold-Pfennige; bis 30 mm breite Schriftzeichen 100 Gold-Pfennige; getrennter und tabellarischer Satz 50%. Aufdruck, hohe Zeichen, gewidmeter Rabatt entfällt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss aber bei Auftraggeber in Ronduit gelegt. Ablieferungs- und Erfüllungsort: Riesa. Rechtigiger Unterhaltsungsbedarf „Zeitung an der Elbe“. — Zum Riesa höherer Gewalt — Krieg aber leistungsfähiger ingenieurmeisterliche Güter am Betrieb des Druckerei, der Dienstleistungen oder der Geförderungsseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachförderung der Bezahlung aber auf Rückzahlung bei Bezugspreis. Rotationstrub und Verlag: Baumer & Winterlich, Riesa. Geldstrafe für Weichdruck: 50 Groschenstück für Rebatten: Heinrich Uhlmann, Riesa. Mit Einsicht: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Wittelsbacher John.

Fest erst, nachdem die endgültigen Wahlergebnisse der polnischen Wahlen vorliegen, und die Verhältnisse, die ewige Begleitercheinung solcher Ereignisse, etwas abgelingen sind, läßt sich das wahre neue Gesicht des polnischen Sejms erkennen. Die Piłsudski freudlich geprägte Bresche Polens hat sofort nach dem Bekanntwerden des Wahlresultats und auch in den nachfolgenden Tagen das Ergebnis als einen ausgebrochenen und höchst erfreulichen Sieg des polnischen Rationalkretos bezeichnet. Wenn wir uns die durch die Neuwahl bedingten neuen parlamentarischen Verhältnisse in Polen betrachten, so werden wir leicht schon zu einer Überzeugung kommen, die sich mit diesem Optimismus der Piłsudski-Bresse sehr wenig in Einklang bringen läßt. Hundert seien die Dokumente geprüft, die den Piłsudski-Anhängern das Wahlergebnis als so vorzüglich erscheinen lassen. In der Tat, vor den Wahlen gab es keinen Piłsudski-Block. Also könnte man recht aufrichtig betrachten die Tatsache, daß die stärkste Partei im neuen polnischen Parlament von der Piłsudski-Gruppe gestellt wird, als einen Erfolg des polnischen Marschalls und schließlich auch als eine Sanktionierung seines verhängnisvollen Mai-Putzes bewerten. Über letzten Endes entscheidet im Parlament nicht die stärkste Partei als solche, sondern nur die größte Mehrheit. Vergegentwürfigen wir uns jetzt einmal die auf Grund der Neuwahlen in Polen geschaffenen neuen parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse. Der Block Piłsudskis steht mit 140 Abgeordneten in den Sejm ein. Als zweitstärkste Fraktion folgen die Sozialdemokraten mit 62 Abgeordneten, ihnen auf dem Fuße die Gruppen der nationalen Minderheiten, die im Parlament eine geschlossene Fraktion bilden. Die nationalistischen Fraktionen im neuen Parlament sind zwar im Verhältnis zu selber stark geschrumpft, aber sie bilden auch heute noch einen Faktor, mit dem Piłsudski ernsthaft zu rechnen haben wird. Die Kommunisten haben zwar verschiedene Mandate verloren. Da ihr Wahlverlust sich jedoch mehr auf Grund behördlicher Unterdrückungsmassnahmen als weniger auf Grund einer tatsächlich Abmilderung der kommunistischen Wähler ergab, so wird auch diese Partei bei den kommenden parlamentarischen Arbeiten eine Rolle zu spielen haben.

parlamentarischen Arbeiten eine Rolle zu spielen haben. Zusammenfassend kann man also bei den Mehrheitsverhältnissen, wie sie im Augenblick im polnischen Parlament vorliegen, sagen, daß sich die Schwierigkeiten für die Regierung im Hinblick auf die Herbeiführung der notwendigen parlamentarischen Grundlage im Vergleich zu den Verhältnissen vor der Wahl entschieden vermehrt haben. Das besagt mit anderen Worten auch, daß der schönste Traum Piłsudski's, nämlich der Traum von einer Diktatur, sich im Tageslicht der Tatsachen verflüchtigt hat. Wenn der politische Nationalheld in Zukunft regieren will, so wird er sich zu Kompromissen verstehen müssen. Er könnte sich zum Beispiel eine Mehrheit schaffen durch die Heranziehung der Sozialdemokraten. Das würde aber nicht nur eine Aenderung seines bisherigen Regierungprogramms bedingen, sondern auch eine entschiedene Verständigung wenigstens der vitalsten Forderungen der Minderheiten, die vor den Wahlen bereits mit den Sozialdemokraten dahingehende Bindungen getroffen haben. Da auch das sozialdemokratische Wahlprogramm, als solches den kulturellen Stand der Minderheiten verlangt und die bisher von den Wohlfahrtssubjekten betriebene rücksichtslose Entnationalisierungspolitik ablehnt, so würde also Piłsudski, wenn er sich auf die Minderparteien stützen wollte, einen innerpolitischen Kurs einschlagen, der vor den Wahlen von ihm nicht beabsichtigt war. Es läßt sich also schon auf Grund der komplizierten und schwierigen neuen Mehrheitsverhältnisse im polnischen Parlament sagen, daß dieser sogenannte große Wahlsieg Piłsudski's bei näherer Betrachtung sich nur als ein Scheiterzug erweist.

Weiterhin gibt es aber noch andere Gründe, die diese Annahme stützen könnten. Diese Gründe sind in der Hauptfläche in der recht merkwürdigen und gemischten den üblichen Parlamentsgesellschaften normalen Zusammenziehung der Fraktion Bilduditis selbst. In diesem Block finden sich die heterogensten Elemente zusammen. Man findet dort neben den Vertretern des Großkapitals, der Schwerindustrie und der Großaristokratie auch die Vertreter von Arbeitnehmerverbänden, neben Gruppen des Hochadels auch recht radikale Kräfte, zusammengefaßt durch den sogenannten Club der Arbeit. Man findet dort Beamte und freie Berufe, Mittelschichtvertreter, Klerikale und Freidenker. Vor und während der Wahlen hat dieser Block der verschiedenartigsten Elemente keinen Zusammenhang gewahrt. Es ist aber jetzt eine sehr umstrittene Frage, ob dieser Zusammenhang sich auch in der Praxis eines gemeinsamen Zusammenarbeitens an den zur Behandlung stehenden Problemen als jetzt begründet erweisen wird. Also auch in der Zusammenziehung seiner eigenen Fraktion begegnet Bildudit Schwierigkeiten, die seinem

angeblichen Wahlsieg erheblich Abbruch tun können.
Die Arbeitsfähigkeit des neuen polnischen Parlamentes wird schon im allerfürstesten Grif einer großen Belastungswelle aufgesetzt sein. Die erste Arbeit des Sejms nach seinem Zusammentreten in den nächsten Tagen wird die Behandlung einer Unzahl von Interpellationen sein, die sich zumeist gegen das sogenannte Pressebefreiungsbüro wenden. Mit diesem Pressebefreiungsbüro hat die polnische Regierung die Wahlen "gemacht". Da nun festzustellen ist, daß nicht nur einzelne Parteien, sondern, abgesehen vom dem Regierungsbloß natürlich, sämtliche Parteien durch dieses Pressebefreiungsbüro in ihrem Wahlkampf ermöglicht

Abschluß der Ratstagung in Genf.

W. Gens. Der von dem holländischen Minister des
Kriegs in seiner Eigenschaft als Berichterstatuer des Pla-
tformkomitees verlesene einstweilige Bericht über den Zwischenfall
von St. Gotthard hat eine überraschend schnelle Annahme
gefunden. Wie kurz vor Beginn der Sitzung stand noch nicht
fest, ob sich an die Verlehung nicht eine längere, vielleicht
grundständliche Debatte anschließen würde. Sowohl die Ver-
treter der Mächte der Kleinen Entente als auch der Vertri-
ter Ungarns stimmten, wenngleich mit verschiedener Rüan-
cierung, dem Bericht zu.

deren Ausarbeitung und Präsentation dem Bericht zu.
Nationalabgeordnete der anstelle des auch Sonnabend vormittags nicht mehr am Ratsstuhl erschienenen Titulären Rumänen vertrat, wies auf „den ganzen Ernst des Zwischenfallen“ hin, und verlangte, unter Betonung seines vollkommenen Vertrauens auf den Rat, daß alle notwendigen Maßnahmen ergriffen würden.
Der tschechoslowakische Gesandte in Bern, Bevertka, erklärte, er müsse noch einmal auf das allgemeine Interesse hinweisen, daß dieser Angelegenheit Aufmerksamkeit und den Rat bitten, von seinen für ähnliche Fälle gefassten Beschlüssen Gebrauch zu machen. Bevertka unterstrich die Erklärung des Berichtes, daß der Zwischenfall die ganze Aufmerksamkeit des Rates verdiene und eine vollkommene Aufklärung erfordere. Allerdings sei auszugeben, daß das von der ungarischen Regierung vorgelegte Material zu umfangreich sei, als daß es in der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit hätte durchgearbeitet werden können. Andererseits beständen aber in dem Material erhebliche Lücken, die ausgefüllt werden müßten. Auch er bekundete dem Ratskomitee wie dem Rat sein volles Vertrauen und sprach die Überzeugung aus, daß das Ratskomitee die verschiedenen Elemente sorgfältig gegeneinander abwägen werde. Er habe die volle Überzeugung, daß der Rat bei seiner Schlusshentscheidung insbesondere auch den aufrichtigen Wunsch der Staaten berücksichtigen werde nach Vermehrung der Autorität des Rates als notwendige Ergänzung für das Gefühl der Sicherheit der Völker, die den brennenden Wunsch haben, in Frieden zu leben.

Der jugoslawische Vertreter Gottschek erklärte unter Hinweis auf die Begründung der von seiner Regierung eingereichten Investigationsklage, daß es sich bei dem Zwischenfall von St. Gotthard um eine Angelegenheit allgemeinen Interesses handele. Er müsse deshalb dem Völkerbundsrat die ganze Verantwortung für die Regelung dieser Angelegenheit überlassen.

Nachdem sich kein weiterer Redner zum Worte meldete, erklärte der Ratsvorsitzende Urenzia den einstweiligen Bescheid für angenommen und nach Erledigung eines leichten

gefährdet würden, so wird man auch anzunehmen haben, daß in der Aussprache über das Gesetzdetekt sich eine überwältigende Mehrheit gegen dieses veraltete Ungetüm finden wird. Um einer katastrophalen Niederlage zu entgehen, wird Billuhkif also nicht umhin können, noch vor der Debatte im Parlament das Detekt zurückzuziehen. Diese erste Tat würde bestätigt, als Worte es verhindern. Den

Die Unterzeichnung der Kreisobhonorarliste

Die Wiederaufnahme der Uebergabeverhandlungen.
X Washington. Mit der am Sonnabend erfolgten Unterzeichnung der Vorlage über die Freigabe des beschlagnahmten deutschen Vermögens durch Präsident Coolidge hat die nunmehr Geschäftskraft erlangt. Die Vorsitzenden der Budgetausschüsse des Repräsentantenhauses und des Senats, Green und Smoot, drückten ihre große Befriedigung darüber aus, daß diese schwierige, viele Jahre heftig umstrittene Frage endlich zur Rastiedeuhheit beider

Die Szene im Berliner Metallkunst

Der Metallschiedsspruch wieder abgelehnt.

Berlin. (Kunstspur.) Bis 10 Uhr, dem Zeitpunkt, an dem die Entscheidung der Parteien der Berliner Metallindustrie über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs beim Schlichter für Groß-Berlin vorliegen mußte, ist weder von Arbeitnehmern noch von Arbeitgeberseite eine Erklärung bei der genannten Stelle eingegangen. Wie wir von unternrichteter Seite erfahren, hat man auf Arbeitgeberseite eine Stellungnahme zu dem Schiedsspruch als überflüssig angesehen, nachdem bereits am Sonnabend abend gemeldet worden war, daß die Arbeitnehmer den Schiedsspruch ablehnen werden. Auf Grund der rechtlichen

Vorschlag der Tagesordnung über den gleichzeitigen
Bevölkerungsaustausch die 49. Ratsitzung für geschlossen.

Chamberlain über die Ergebnisse der Ratstagung.

1) Gen. 1. Bei einem Empfang der WeltPresse erklärte Chamberlain, die ablaufende Ratstagung sei ein Beweis für die von Tagung zu Tagung zunehmende Kraft des Völkerbundsrates. Wenn dieser seine Entscheidungen den Staaten auch nicht mit Gewalt aufzwingen könne, so werde es doch für einen Staat immer schwerer, sich einer einmütigen Weltbundesentscheidung des Rates zu widersetzen. Trotz der Erweiterung des Rates und trotz des Wechsels der ihm angehörenden Personen werde er immer ehrlicher und immer mehr von dem Gedanken an seine gegenüber der ganzen Welt übernommenen Pflichten erfüllt. Das große Vertrauen, das auch die englische Regierung auf die hohe Unparteilichkeit und den realpolitischen Geist des Völkerbundsrates habe, erzeuge sich ganz besonders daraus, daß in dem zwischen ihm und Sarwat Pascha verhandelten, leider von der ägyptischen Regierung nicht angenommenen Vertrag des Völkerbundsrates in einer ganzen Reihe für England lebenswichtiger Fragen als Schiedsrichter in leichter Instanz bestimmt wurde. Damit habe England sich im vorans zur Annahme von Entscheidungen, u. a. über die Sicherung seiner Seeverbindungen mit den Dominions und über den Standort der englischen Truppen in Ägypten, verpflichtet. Zur Entscheidung über den ungarisch-rumänischen Distanzstreit erklärte Chamberlain, daß die jetzt vom Völkerbundsrat einstimmig angenommene Entschließung im wohlverstandenen Interesse der beiden Länder von dicken angenommen werden sollte. Ungarn hätte vielleicht besser daran getan, die Empfehlungen vom letzten September anzunehmen, aber Rumänien dürfe überzeugt sein, daß der Rat sich niemals an einer neuen Empfehlung entschlossen haben würde, die nicht ebenso sorgfältig auf die Interessen Rumäniens bedacht wäre wie die früheren. Das Hauptinteresse der beiden Länder sei nach seiner Aussicht der endgültige Abschluß eines Streites, der die politische Atmosphäre seit Jahren verpestete.

Unterredung Dr. Stresemanns mit Sitzungen

W e n f. Reichsminister Dr. Stresemann hatte gestern nachmittag mit dem rumänischen Minister des Neuen Titelberu in Gegenwart des Ministerialdirektors Dr. Ritter eine dreistündige Unterredung, bei der die zwischen den beiden Ländern bestehenden Fragen besonders auch wirtschaftspolitischer Art durchgesprochen wurden. Es ist anzunehmen, daß der rumänische Minister des Neuen zur Fortsetzung der Verhandlungen nach Berlin kommen wird, der Zeitpunkt steht jedoch noch nicht fest. Dr. Stresemann, der den gestrigen Abend im Hause des deutschen Generalkonsuls Alschmann verbracht, wird bekanntlich heute Montag nachmittag Genf verlassen, um am Dienstag nachmittag mit der deutschen Delegation wieder in Berlin einzutreffen.

gilt der Schiedsentscheid von beiden Seiten als abschließend, wenn die Parteien ihre Stellungnahme der Schlichtung nicht mitteilen. Der Schlichter wird nunmehr die Akten über den Metallarbeiterkonflikt an das Reichsarbeitsministerium abgeben, bei dem die Entscheidung liegt, ob der Schiedsentscheid für verbindlich erklärt wird. Eine Entscheidung darüber, ob die Metallindustriellen die Verbindlichkeitserklärung beantragen werden, ist noch nicht gefallen. Man glaubt in Kreisen der Berliner Metallindustrie, daß von Seiten des Reichsarbeitsministeriums die Einladung zu den einer Verbindlichkeitserklärung vorausgehenden Nachverhandlungen wahrscheinlich eher erfolgen wird, als es möglich ist, eine Kommission von Metallindustriellen zu bilden, die beschließen, ob die Verbindlichkeitserklärung angenommen werden soll.

Der Reichswirtschaftsminister

über das Eßlöffelwesen.

X Berlin. Die „Germania“ veröffentlicht eine Unterredung mit Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, in der sich der Minister einahend über die Probleme des Schlichtungswesens äußert. Das Schlichtungswesen, so führt Dr. Brauns aus, hat sich im allgemeinen bewährt und die Erhaltung des Arbeitsfriedens und Volkswirtschafts mehr genutzt, als die meisten ahnen. Die Kritik richtete sich fast ausschließlich gegen die Verbindlichkeitserklärung von Schiedsgerichten, durch die angeblich die an sich ante und gesunde Wirkung des Schlichtungswesens in ihr Gegenteil verkehrt werde. Allerdings könne die Möglichkeit der Verbindlichkeitserklärung zu einer Verminderung des Verantwortungsgefühls der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände führen. Eine Abhilfe sei dadurch möglich, daß die Verbindlichkeitserklärung auf das äußerste Maß beschränkt wird und tatsächlich nur in Fällen erfolgt, in denen schwerwiegende Interessen der Allgemeinheit sie verlangen. Wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer mehr als bisher in einem Weit wichtiger Arbeitsgemeinschaft zusammenfänden, so würde auch die Zahl der Verbindlichkeitserklärungen immer geringer werden. Neben einer Erfahrung der Schlichter und des Ministers bei Verbindlichkeitserklärungen durch kollegiale Behörden spricht noch Dr. Brauns in ablehnendem Sinne auf.